

WIR MÜSSEN KÜNFTIG MIT EINER STIMME SPRECHEN

LINDA RESIDOVIC, GESCHÄFTSFÜHRERIN
VPLT - DER VERBAND FÜR MEDIEN-
UND VERANSTALTUNGSTECHNIK E.V.



In den letzten Wochen und Monaten wurden in den Medien und seitens der Politik viele Maßnahmen getroffen, die einzelnen ebenfalls unverschuldet in Not geratenen Branchen helfen sollten. Wie dringend die Veranstaltungsbranche konkrete Hilfen benötigt, stellt die Initiative #AlarmstufeRot heraus, die auch der VPLT unterstützt. Wurde bisher von Seiten der Regierung signalisiert, dass dieser Hilferuf gehört und verstanden wird und versprechen Sie sich eine Verbesserung der Situation nach der Großdemonstration in Berlin am 9. September?

Als VPLT haben wir die Großdemonstration selbstverständlich unterstützt, auch die kommende zweite am 28. Oktober in Berlin. Es braucht in dieser Situation die lautstarken Stimmen auf der Straße genauso wie die leisen in den direkten Gesprächen mit der Politik. In denen müssen wir

den Entscheidungsträger*innen jedoch nach wie vor deutlich machen, dass die bisher beachtlichen Hilfsprogramme in keiner Weise ausreichen, um unseren Unternehmen wieder auf die Beine zu helfen. Aber nicht nur die Programme für die Veranstaltungsbranche müssen ja optimiert werden. Beim Milliardenpaket der Überbrückungshilfen haben die Summen vergleichsweise wenige Unternehmen abgerufen. Viele Programme haben noch Schwachstellen und sind nicht passgenau. Das machen wir der Regierung immer wieder deutlich und das hat sie in großen Teilen verstanden. Es gibt bereits erfolgreiche Korrekturen und erste direkte Hilfen auf Länderebene speziell für unsere Branche. Allerdings betonen und wiederholen wir nun seit einem halben Jahr die besondere Bedeutung unserer Branche. Die Politik muss darauf endlich mit einer Sonderhilfe und Branchenlösung reagieren.

Über die Veranstaltungsbranche wurde kaum berichtet. Initiativen wie die Night of Light hatten immerhin für kurze Zeit auf die Probleme und existenzbedrohende Lage in der Veranstaltungswirtschaft aufmerksam gemacht. Bereits kurz danach ist sowohl in den Medien als auch bei öffentlichen Auftritten von Politikern der Bereich Veranstaltungen wenig bis gar nicht thematisiert worden. Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit mit der Bundes- und den Landesregierungen zur Verbesserung der Situation für die Branche ein?

Wir machen die Erfahrung, dass zum Beispiel hier in Niedersachsen unsere Verbesserungsvorschläge und Mitarbeit an Programmen an die Regierung auf Bundesebene weitergegeben werden. Aus diesem Grund sind wir im ständigen Kontakt mit den Ministerien auf beiden Ebenen. Ich habe schon den Eindruck, dass die Medien weiterhin in unserem Sinne berichten und auf die Probleme aufmerksam machen. Die großen Entscheidungen für Hilfen werden jedoch direkt auf Regierungsebene der Politik getroffen. Wir agieren in Zeiten, in denen es für unsere Branche 5 nach 12 steht. Es ist eine immense Herausforderung, die Ressourcen, die uns überhaupt noch zur Verfügung stehen, richtig einzusetzen. Ich begrüße daher den Schulterschluss der maßgeblichen Verbände sehr. Ich hoffe, dass auch die Initiativen weiterhin ihre wesentliche Aufgabe darin sehen, die bereits bestehenden Verbände zu stärken. Und dass wir bald mit echter Hilfe und einer Perspektive seitens der Politik rechnen können. Das wäre nicht zuletzt ein Beleg für den Erfolg dieser Zusammenarbeit.

Zuletzt wurden Hygienekonzepte aus allen Richtungen gefordert und dadurch eine schnellere Rückkehr zum Veranstaltungsbetrieb in Aussicht gestellt. Die meisten Veranstalter und Veranstaltungshäuser sind dieser Aufforderung nachgekommen. Dennoch werden ungeachtet der Konzepte innerhalb der Bundesländer alle über einen Kamm geschoren und nicht abhängig von den örtlichen Gegebenheiten und Hygienekonzepten entschieden. Zudem werden häufig durch private Veranstaltungen auch Business Veranstaltungen ins negative Licht gerückt. Wird sich hier in naher Zukunft etwas ändern und spezifischer entschieden werden?

Es braucht eine klare Trennschärfe der Unterschiede zwischen privaten Feiern und professionellen und kontrollierten Events der Veranstaltungswirtschaft.

Hier hat die Politik bereits angekündigt, die Corona-Verordnungen anzupassen. Konkret hieße das: Mehr Regulierung für private Feiern und dafür mehr Lockerungen für den Business-Bereich, zum Beispiel bei der Quadratmeterzahl. Als Expert*innen unterstützen wir Behörden außerdem, das komplexe Thema Hygienekonzepte für Veranstaltungen zu verstehen, das sie bisher nicht in diesem Umfang kennen.

Federführend mit dem Bundesverband Veranstaltungssicherheit haben wir im August ein Konzeptpapier dazu erstellt und es Behörden zur Verfügung gestellt. Corona-Verordnungen sind zum Beispiel länderübergreifend nicht einheitlich, Flächenvorgaben wiederum nicht realistisch genug. Es fehlt an dem einen übergeordneten Blick, der Anweisungen und Maßnahmen der Genehmigungsbehörden deutschlandweit harmonisiert. Hilfreich wären mehr Flexibilität bei jedem konkreten Event und eine Musterverordnung als bundesweites Basispapier. Außerdem ein runder Tisch, an den sich alle Verantwortlichen setzen und zu dem wir eingeladen haben. Im direkten Gespräch und Austausch finden wir dann für die geschilderten Probleme noch effizienter wirksame Lösungen. Hierzu gibt es bald einen Termin mit Mitarbeiter*innen des Sozialministeriums in Niedersachsen. Der Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft ist für einen solchen Austausch mit den Behörden parallel in Baden-Württemberg aktiv. Nach einem sehr konstruktiven Gespräch mit Thomas Bareiß, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, wird bei unserem Folgegespräch mit ihm auch das Bundesgesundheitsministerium vertreten sein.

In diesem Zusammenhang steht auch die Studie Restart-19. Welche Ergebnisse versprechen Sie sich aus der Studie und wie werden diese unsere Arbeit in Zukunft beeinflussen?

Glaubt man den Teilnehmer*innen, waren vor Ort zumindest die Lust und Freude zu spüren, wieder Veranstaltungen zu besuchen. Ein richtiges Fazit kann man sicher erst ziehen, wenn die Studienergebnisse feststehen und die Wissenschaftler*innen die erhobenen Daten ausgewertet haben. Sie helfen auf jeden Fall, die verständlicherweise emotionale Debatte um Veranstaltungen mit Fakten zu versachlichen. Sie könnten ein Instrument sein, um wieder mehr Vertrauen herzustellen. Um das Vertrauen für mehr Sicherheit müssen wir uns als Veranstaltungsbran-





che kümmern. Aber es braucht gleichzeitig ein klares Bekenntnis seitens der Regierung, dass sie wirklich an Lösungen interessiert ist, die eine Wiedereöffnung von Events überhaupt möglich machen.

Die Veranstaltungsbranche ist wesentlich breiter gefächert als andere Branchen, in denen es nur wenige große Player gibt. Aus dieser Vielfalt ergeben sich sicherlich auch zahlreiche verschiedene Interessen. Wie können die verschiedenen Verbände diesen gerecht werden und gibt es einen regelmäßigen Austausch der Verbände diesbezüglich?

Es gibt bereits die IGWW, die Interessengemeinschaft Veranstaltungswirtschaft. Zentrale Verbände tragen sie und wir sind offen für mehr Interessenten. Zu Beginn der Corona-Pandemie gab es in diesem Rahmen sogar fast dreimal wöchentlich Meetings mit allen Ansprechpartner*innen. Noch immer tauschen wir uns dort regelmäßig über Strategien und Inhalte aus. Erst nachdem wir einen Konsens hergestellt haben, gehen wir mit einer Aktion an die Öffentlichkeit. Die bekommt von diesen internen Gesprächen natürlich nicht viel mit. Von den gemeinsam erarbeiteten Ergebnissen aber sehr wohl. Die Geschäftsführer*innen und Vorstände vieler maßgeblicher Verbände sind regelmäßig in Kontakt, sprechen auf bundesweiten Terminen bereits mit einer Stimme für die Veranstaltungswirtschaft und erarbeiten erfolgreich verbandsübergreifende Forderungen an und Handlungshilfen für die Politik. Wir achten zudem sehr darauf, wirklich alle Gewerke der Branche und Einzelbereiche wie B2B und B2C bei unseren Überlegungen und Forderungen mit zu bedenken und mitzunehmen. Gleichzeitig müssen wir differenzieren, wer bereits Förderung erhält, zum Beispiel als staatlicher Kulturbetrieb, und wer nicht.

Wie könnte ein gemeinsames Vorgehen der Branchenverbände aussehen? Und was kann der VPLT hier für seine Mitglieder tun?

Als Branche müssen wir uns selbstkritisch fragen, wie wir künftig über alle Partikularinteressen hinweg stärker mit dieser einen Stimme sprechen können. Das hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird in dieser Corona-Krise noch mal wie unter dem Brennglas deutlich. Auch die Politik spielt uns zurück, dass unsere Branche sehr komplex auftritt. Das erschwert es ihr, mit einer*r*m Ansprechpartner*in eine gemeinsame Branchenlösung anzustreben. Aus dem Grund fordern

wir aktuell auch eine*n Beauftragte*n für die Veranstaltungsbranche in Berlin, der sich besser Gehör verschafft. Andere Wirtschaftszweige leben uns das positiv vor.

Jeder Verband muss die Gratwanderung schaffen, sich für die speziellen Belange seiner Mitglieder, aber auch allgemein für die der gesamten Branche einzusetzen. Als VPLT tun wir letzteres mit anderen Verbänden gerade verstärkt in der Lobbyarbeit länder- wie bundesweit. Dennoch haben wir natürlich weiterhin VPLT-nahe Themen auf der Agenda wie Aus- und Weiterbildung, Normung und Standards für mehr Sicherheit oder Qualitätssicherung der Veranstaltungstechnik. Intensive Gespräche führen wir hier zum Beispiel mit der EU, die bei der Gesetzgebung immer wichtiger wird. Auf diese Weise nehmen wir ganz gezielt die beruflichen und sozialen Belange unserer Mitglieder wahr. Dennoch gibt es auch bei diesen Themen bereits viele Kooperationen mit Partnern und Verbänden aus der gesamten Veranstaltungsbranche.

Wie schätzen Sie die Zukunft der Veranstaltungsbranche ein? Was bleibt? Was wird sich verändern?

Verändern wird sich sicherlich das bereits angesprochene Selbstverständnis, das wir als Verbände stärker vereint sein müssen, wenn wir auf Landes- und Bundesebene unsere Interessen wirksam vertreten wollen. Es gibt bereits die R.I.F.E.L-Studie, die viele wichtige Fakten zu unserer Branche gesammelt hat. Aber auch in diesem Punkt braucht es noch verlässliche Zahlen, die unsere Argumente glaubwürdig untermauern. Die Verbände arbeiten bereits an umfassenden und nachhaltigen Studien.

Die Krise hat ebenfalls die besonders schwierige Situation der selbständigen Einzelunternehmer*innen und ihrer sozialen Absicherung deutlich gemacht. In diesem Zusammenhang lautet das Thema Scheinselbständigkeit und neue Arbeitsmodelle, die mehr rechtliche Sicherheit schaffen. Es ist noch lange nicht vom Tisch.

Ein wichtiges Thema, das uns schon vor Corona beschäftigt hat, ist die Nachhaltigkeit in unserer Branche. Die EU hat hier bereits klare Pflichten für Unternehmen aufgelistet. Diese werden Auswirkungen auf die Veranstaltungsbranche haben. Je früher wir damit starten, desto besser sind wir für die Zukunft aufgestellt.

